

Inhalt

Vorwort	v
I. Der Ausschluß von Popularklagen als system-prägender Grundsatz	1
II. Klagerechte nur auf gesetzlicher Grundlage	3
III. Individualrechtliche und institutionelle Strömungen im Anspruchssystem	10
IV. Rechtsgrundlagen der schutzgesetzlichen Unterlassungsklage	14
V. Von der schutzgesetzlichen Unterlassungsklage individualrechtlicher Prägung zur Verbandsklage im überindividuellen Interesse	22
VI. Die Klagebefugnis der Anwaltsvereine und -kammern gegenüber unerlaubter Rechtsberatungstätigkeit von Nichtanwälten	22
1. Klagen aus § 13 UWG	23
2. Drohende Schutzgesetzverletzung als effektiverer Klagegrund?	26
3. Eigene schutzgesetzliche Unterlassungsansprüche der Anwaltsvereine und -kammern?	33
4. Die Prozeßstandschaftslösung des BGH	35
5. Stellungnahme	37
a) Überdehnung des Prozeßstandschaftsgedankens?	37
b) Streitgegenstand, Streitwert und Kostenrisiko	47

c) Sonstige Praktikabilitätsgesichtspunkte	50
d) Die Prozeßführungsermächtigungen	52
VII. Die Verbandsklagetheorie von Manfred Wolf	56
1. Die Verbände als Inhaber eigener schutzgesetzlicher Unterlassungsansprüche	56
2. Stellungnahme	59
a) Entbehrlichkeit einer dem Verband selbst drohenden Schadensgefahr?	60
b) Klagebefugnis kraft Durchgriffs?	63
c) Verbandsklage und prozessuale Waffengleichheit	71
d) Die Grenzen zulässiger Schutzvorverlegung	75
e) Art. 9 GG als grundrechtliche Gewährleistung verbandseigener Klagebefugnisse?	78
VIII. Zusammenfassung und Ausblick	82
1. Nicht Eigenrechts-, sondern Prozeßstandschaftslösung	82
2. Übertragbarkeit auf andere Streitgegenstände	85
Literaturverzeichnis	95
Register	104